

Fortsetzung von Seite 3



und Diversität seien wichtige Aspekte bei der Erarbeitung von neuen Lehrmitteln.

Nicht nur in Zürich sollen mehr Frauen in die Schulbücher. Auch die Schweizerische Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK) beschäftigt sich mit dem Thema.

SonntagsBlick liegt ein Papier von Mitte Mai vor, in dem die EDK fordert, dass der «Sichtbarkeit der Frauen unter anderem auch in den Lehrmitteln grosse Aufmerksamkeit geschenkt werden muss».

Unterzeichnet ist das Schreiben von EDK-Präsidentin Silvia Steiner (61), gerichtet ist es an eine Gruppe von Bundesparlamentarierinnen sowie an verantwortliche Stellen der Sprachregionen und Kantone, die dort für Lehrpläne und Lehrmittel zuständig sind.

Bei den wichtigsten Verlagen, welche Lehrmittel für die Schweizer Volksschule entwickeln, scheint die Botschaft angekommen zu sein.

Der Zuger Verlag Klett und Balmer etwa hat eine Checkliste zu geschlechtergerechten Inhalten entwickelt – mit Kriterien wie: «Üben Männer auch traditionelle «Frauenberufe» und Frauen auch traditionelle «Männerberufe» aus?» Oder: «Wie ist das Verhältnis von weiblichen und männlichen Textfiguren?»

Für Geschichtslehrmittel sei die Darstellung weiblicher Beispielfiguren und Vorbilder eine zentrale Aufgabe. «Das ist aber nicht immer einfach, denn auch die bildliche Überlieferung ist voller männlicher Beispiele und Rollenmodelle», sagt Irene Schüpfer, Geschäftsführerin bei Klett und Balmer.

Rabea Huber, Geschäftsführerin des Lehrmittelverlags St. Gallen, kennt solche Schwierigkeiten ebenfalls: «Es ist aufwendiger, die herausragenden Frauen zu recherchieren, weil sie nicht so präsent sind wie die männlichen Pendants und vielleicht auch eher im Hintergrund tätig waren.»

Es gebe aber viele solcher Frauen und diese gehörten auch in Lehrmittel. Huber fordert deshalb: «Denkmuster müssen durchbrochen werden.»

# Im Bundeshaus droht der nächste Rückschlag

Nach dem Streik stellt sich die Politik für Forderungen der Frauen taub – sei es bei der Altersreform oder für zahme Quoten in der Wirtschaft.

SIMON MARTI

Um ihrer Forderung nach Gleichstellung Nachdruck zu verleihen, demonstrierten die Streikenden am Freitag direkt vor dem Bundeshaus. Für einen Augenblick stand der Betrieb dort still.

Das Parlament unterbrach seine Sitzung, der Nationalratssaal, in dem Bundesrätin Viola Amherd (57, CVP) gerade noch mit einer Streik-Brosche am Rednerpult gestanden hatte, leerte sich. Parlamentarierinnen zeigten ihre Solidarität mit der Menge auf dem Bundesplatz, ein Ruck ging durch das politische Zentrum der Schweiz.

Doch schon am kommenden Mittwoch droht der patriarchale Gegenschlag. Dann nämlich, wenn sich die viel gerühmte «Chambre de réflexion», der Ständerat, über eine Reform des Aktienrechts beugt. Bundesrat und Nationalrat verlangen Richtwerte für die Vertretung der Geschlechter in Verwaltungsräten und Geschäftsleitungen börsenkotierter Unternehmen: Mindestens 30 respektive 20 Prozent der Posten sollten von Frauen besetzt sein.

Sollten. Die Gleichstellungspolitik ist nicht nur zum Einschlafen langsam, meist spielt sie sich auch im Bereich des Wunschenkens ab: Unternehmen, welche die zahmen Richtwerte nicht erreichen, drohen laut Entwurf keine Sanktionen. Doch ob dieser brave Passus überhaupt die Gnade des Stöcklis findet, ist fraglich. Die Rechtskommission des Ständerats strich den Richtwert für Geschäftsleitungen. Die einzige



«Die Vertreter kontrollieren»: Nationalratin Masshardt.

«Ein schlechtes Signal»: Ständerätin Seydoux.

Frau in der Kommission, Ständerätin Anne Seydoux-Christe (60, JU), wehrte sich vergebens. Sollte sie am Mittwoch im Plenum erneut unterliegen, wäre dies ein «schlechtes Signal», warnt sie. «Ich hoffe, dass meine Kollegen das wissen.»

Drastischer formuliert es die Linke. «Da im Ständerat die bürgerlichen Männer die Mehrheit haben, droht fünf Tage nach dem Streik eine Ohrfeige für alle Frauen der Schweiz», sagt SP-Präsident und Ständerat Christian Levrat (48, FR). Es wäre ein Schlag mit liberalem Handschuh. Der freisinnige Andrea Caroni (39, AR): «Es ist Sache der Aktionäre, nicht des Staates, wem ein Eigentümer sein Geld beziehungsweise seine Unternehmung anvertrauen will,



«Aus Liebe zum Kompromiss»: Ständerat Caroni.

ob Mann oder Frau, jung oder alt, Zürcher oder Appenzeller, Homo oder Hetero.» Der Auserroder hätte gern auch die Quote für Verwaltungsräte gestrichen – verzichtete dann aber «aus Liebe zum Kompromiss» auf seinen Antrag.

Der Walliser CVPLer Beat Rieder (56) ergänzt: «Die Mehrheit der Kommission möchte nicht mittels Richtwerten auf die Bestellung der Ge-

schäftsleitung unserer privaten Unternehmen Einfluss nehmen.» Dies sei deren «eigentliche Kompetenz». Zwar bezweifelt das kaum jemand, doch es hilft, einen ohnehin weichgespülten Richtwert vollends in die Tonne zu treten.

Setzt sich die Mehrheitsmeinung der Kommission durch, liefern die Bürgerlichen der Linken einen Steilpass im anlaufenden Wahlkampf. «Die Frauen, die am Freitag auf die Strasse



Für kurze Zeit stand der Polit-Betrieb still: Nationalratspräsidentin Carobbio, Bundesrätin Amherd, Nationalrätinnen Moret, Riklin und Munz (v. r.).

## Sonntags-Frage

Soll das Frauen-Rentenalter bei 64 bleiben?

Bitte schreiben Sie an: Redaktion SonntagsBlick, Dufourstrasse 23, 8008 Zürich  
Per E-Mail an: leserbriefe@sonntagsblick.ch

gegangen sind, müssen ihre Vertreter in Bern kontrollieren», sagt SP-Nationalrätin und Wahlkampfleiterin Nadine Masshardt (34, BE). Sie rufe jede Frau auf, bei den Ständeräten ihres Kantons nachzufragen, wie sie ihr Stimmverhalten erklären.

## Auch das noch: AHV-Alter 65 für Frauen

Vielleicht sollten sie eine weitere Frage nachschieben. Ende Juni präsentiert der Bundesrat unter Federführung von Sozialminister Alain Berset (47, SP) seine Botschaft zur Altersreform. Substanzieller Bestandteil ist die Erhöhung des Rentenalters für Frauen von 64 auf 65 Jahre – ein Affront für die Teilnehmerinnen des Frau-

enstreiks. Sie verlangen zunächst Lohngleichheit, bevor über die Erhöhung des Rentenalters geredet werden kann.

Alain Berset möchte dieses Opfer zumindest abfedern. In einer Übergangszeit sollen Frührenten bei Frauen zu geringeren Rentenkürzungen führen als bei Männern. Wie viel Geld dafür in die Hand genommen wird, ist unklar. Das Zückerli fällt womöglich mickrig aus. Die von Berset favorisierte Variante von 800 Millionen Franken hat im Bundesrat einen schweren Stand. Gut möglich, dass am Ende nur 400 Millionen gesprochen werden. «Almo-sen!», schimpft SP-Chef Levrat. «Eine solche Reform, die ausschliesslich von den Frauen bezahlt wird, werden wir mit al-

## REAKTIONEN

### Schwache Männer fürchten starke Frauen

Der Frauenstreik 2019: gross, unvergesslich, mutig und richtungsweisend! Zu Hunderttausenden gingen Frauen schweizweit schwesterlich auf die Strasse und machten sich und ihre Anliegen friedlich sichtbar. Dies ging vielen Männern gegen den Strich. Auch in der Kommentarspalte auf Blick.ch war der Frauenstreik ein grosses Thema. Allein am Freitag wurden rund 2500 Leserkommentare zu diesem Thema eingesandt. Zwei Drittel aller Kommentare mussten gelöscht werden – wegen Ansichten wie dieser: «Alle Frauen sind Huren von A bis Z.» Ein anderer Leser meinte: «Was nach dem Streik kommen muss? Schönen Tag gehabt, Staubsauger fassen!» Ein weiterer Schreiber ist überzeugt, dass vielleicht seine «seelige Mutter» einen solchen Frauenstreiktag verdient hätte, aber mit Sicherheit nicht diese «Zicken». Die meisten Leserbeiträge waren derart sexistisch und frauenfeindlich, dass die Kommentarspalte zeitweise gänzlich geschlossen werden musste. Zum Ärger dieser Herren war der Frauenstreik 2019 ein voller Erfolg.

DAFINA ESHREFI

len Mitteln bekämpfen», sagt er. Angesichts ihrer tieferen Löhne und Renten sei es «schlicht obszön», die Ausgleichsmassnahmen zu drücken. Obwohl sich Levrat «grundsätzlich» gegen das höhere Rentenalter sträubt, könne bei einem Ausgleich von 800 Millionen zumindest über eine Angleichung des Rentenalters diskutiert werden, deutet der Freiburger an.

So wird klar, dass sich Regierung und Parlament zwar schwertun, Frauen mit Richtwerten zumindest symbolisch zu stärken. Beim Rentenalter hingegen kann die Gleichstellung nicht schnell genug gehen. Die Antwort der Politik auf den nationalen Frauenstreik könnte männlicher nicht sein. ●